

Nachlassrecht

Krätzschel / Falkner / Döbereiner

12., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2022

ISBN 978-3-406-77874-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Krätzschel/Falkner/Döbereiner
Nachlassrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Nachlassrecht

von

Holger Krätzschel

Richter am Oberlandesgericht München
und am Bayerischen Anwaltsgerichtshof

Dr. Melanie Falkner

Notarin in Ochsenfurt

Dr. Christoph Döbereiner

Notar in München


beck-shop.de
12., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2022
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitiervorschlag:
Krätzschel/Falkner/Döbereiner NachlassR./Autor § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77874 2

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluié



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 12. Auflage

Mit der vorliegenden Neuauflage wechselt das Werk in die gelb-blaue Reihe des Beck-Verlages und damit ins Zentrum der erbrechtlichen Literatur. Gleichzeitig sind die seit der 11. Auflage verantwortlichen Autoren nunmehr auch Namensgeber des Werkes.

Neben diesen äußeren Veränderungen wurde in der vorliegenden Neuauflage das Pflichtteilsrecht vollständig überarbeitet; die prozessuale Durchsetzung des Pflichtteils- bzw. des Pflichtteilsergänzungsanspruchs wurde in eigenen §§ dargestellt, um dem Leser in einer zunehmend wichtigeren Materie einen schnelleren Überblick zu verschaffen. Auch das Recht der Testamentsvollstreckung wurde vollständig überarbeitet. Beibehalten wurde im Übrigen die bewährte grundsätzliche Gliederung in „Teilen“. Die weitere Darstellung erfolgt wie zuletzt in fortlaufend nummerierten Paragraphen, auch die Randnummern beginnen in jedem Paragraphen jeweils neu und sollen dem Leser so eine leichtere Orientierung und einen schnelleren Zugriff auf die jeweiligen Textpassagen ermöglichen. Die zum Download bereitgestellten Muster wurden ergänzt, sie sollen die Bearbeitung der vielfältigen Beratungssituationen im erbrechtlichen Mandat, aber auch in der Aktenbearbeitung durch Rechtspfleger und Richter erleichtern. Für die tägliche Rechtsanwendung stehen darüber hinaus ein Nachlassverzeichnis und ein Europäisches Nachlasszeugnis als Kopiervorlage und zum Download bereit. Die in der Voraufgabe neu geschaffene Rubrik „Auf einen Blick“ in Teil 4 des Werkes, stieß auf ein besonders positives Echo. Sie wurde deshalb nicht nur beibehalten, sondern im Bereich der Testamentsauslegung umfangreich ergänzt. Wichtige Fristen, Formvorschriften und häufige Auslegungsfragen bei Verfügungen von Todes wegen bleiben hier kompakt zusammengefasst, um ohne Umwege Antwort auf zentrale erbrechtliche Fragestellungen zu erhalten.

Rechtsprechung und Literatur sind bis Juni 2022 in der Neuauflage berücksichtigt.

Unverändert geblieben ist die Zielgruppe des Werkes: Der Anwalt, der ein erbrechtliches Mandat bearbeitet, soll, gleich ob Spezialist oder Generalist, ebenso Antwort auf seine Fragen finden wie Rechtspfleger und Richter, die mit der Bearbeitung entsprechender Verfahren betraut sind. Auch Nachlasspfleger und Testamentsvollstrecker finden eine Handreichung für die tägliche Arbeit.

Mit der Übernahme eines derart renommierten und etablierten Werkes und dem begonnenen Umbruch in der Voraufgabe haben die Autoren eine große Verantwortung übernommen. Sie bedanken sich für den Zuspruch der Leser, welche die Neuerungen sehr positiv aufgenommen haben.

Zugleich sind die Autoren auch weiterhin für Lob und Kritik, vor allem aber für Verbesserungsvorschläge, die an das Lektorat Erbrecht des Verlages zu richten sind, stets dankbar.

München/Ochsenfurt, im Juli 2022

*Holger Krätzschel
Melanie Falkner
Christoph Döbereiner*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 12. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literatur	XXXV

Teil 1. Materiell-rechtliche Grundlagen des Verfahrens

§ 1 Erbfolge – Grundsätze	1
§ 2 Die gesetzliche Erbfolge – Grundsätze	9
§ 3 Das Verwandtenerbrecht	10
§ 4 Das Ehegattenerbrecht und Erbrecht eingetragener Lebenspartner	24
§ 5 Das Erbrecht des Fiskus	33
§ 6 Gesetzliche Erbfolge nach DDR – ZGB	34
§ 7 Gewillkürte Erbfolge	36
§ 8 Die Errichtung der Verfügung von Todes wegen	49
§ 9 Die Auslegung der Verfügung von Todes wegen	92
§ 10 Die testamentarischen Verfügungen im Einzelnen	122
§ 11 Gemeinschaftliches Testament der Ehegatten	155
§ 12 Der Erbvertrag	189
§ 13 Beeinträchtigende Schenkungen bei Erbvertrag oder gemeinschaftlichem Testament	210
§ 14 Der Widerruf des Testaments	222
§ 15 Die Anfechtung letztwilliger Verfügungen	230
§ 16 Die Annahme und die Ausschlagung der Erbschaft	236
§ 17 Das Pflichtteilsrecht	254
§ 17a Der Pflichtteilergänzungsanspruch	323
§ 17b Die prozessuale Durchsetzung des Pflichtteils- und Pflichtteilergänzungsanspruchs	340
§ 18 Erb-, Pflichtteils- und Zuwendungsverzicht	353
§ 19 Die Testamentsvollstreckung	360
§ 20 Die Haftung der Erben für die Nachlassverbindlichkeiten	404
§ 21 Das Nachlassinsolvenzverfahren	431
§ 22 Die Erbnunwürdigkeit	440
§ 23 Die Erbengemeinschaft und die Nachlassauseinandersetzung	443
§ 24 Die Unternehmensnachfolge im Erbrecht	477
§ 25 Das Stiftungsgeschäft von Todes wegen (§ 83 BGB)	487
§ 26 Schieds- und Wertsicherungsklauseln	491

Teil 2. Das Verfahren in Nachlasssachen im Allgemeinen

§ 27 Nachlasssachen	495
§ 28 Die Zuständigkeiten in Nachlasssachen	499
§ 29 Allgemeine Verfahrensgrundsätze nach dem FamFG	512
§ 30 Haftung für Pflichtverletzungen	529
§ 31 Aktenwesen und Registerführung	533
§ 32 Entscheidungen in Nachlasssachen	536
§ 33 Rechtsbehelfe in Nachlasssachen	542
§ 34 Der Vergleich in Nachlasssachen	555
§ 35 Kosten in Nachlasssachen	557

Inhaltsübersicht

Teil 3. Einzelne Nachlassverfahren

§ 36 Die besondere amtliche Verwahrung von Testamenten und Erbverträgen	563
§ 37 Die Eröffnung letztwilliger Verfügungen	581
§ 38 Das Erbscheinsverfahren	606
§ 39 Einziehung und Kraftloserklärung des Erbscheins	669
§ 40 Weitere Zeugnisse	675
§ 41 Die Sicherung des Nachlasses	691
§ 42 Der Fiskus als Erbe	734

Teil 4. Auf einen Blick

§ 43 Die wichtigsten Auslegungsfragen	741
§ 44 Formerfordernisse in Nachlasssachen	749
§ 45 Überblick über wichtige Fristen im Erbrecht	751

Teil 5. Internationales Privatrecht

§ 46 Innerdeutsches Kollisionsrecht und Recht der früheren DDR	757
§ 47 Die Europäische Erbrechtsverordnung EuErbVO	758
§ 48 Internationale Zuständigkeit und Behandlung von Ausländernachlässen vor Anwendbarkeit der EuErbVO	814
§ 49 Rechtshilfe – Amtshilfe	876

Teil 6. Steuerrecht

§ 50 Die Erbschaftsteuer	877
Anhang	
Nachlassverzeichnis zur Wertermittlung in Erbschaftssachen	937
Sachverzeichnis	939


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 12. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literatur	XXXV

Teil 1. Materiell-rechtliche Grundlagen des Verfahrens

§ 1 Erbfolge – Grundsätze	1
I. Erbfolge	1
II. Erbfall	1
III. Erblasser	2
IV. Erbe	2
V. Erbschaft und Nachlass	3
1. Vererbliche Rechte	3
2. Nicht vererbliche Rechte	4
3. Digitaler Nachlass	5
4. Vollmacht	6
VI. Berufung zum Erben	6
VII. Verfassungsrechtliche Gewährleistung	7
§ 2 Die gesetzliche Erbfolge – Grundsätze	9
§ 3 Das Verwandtenerbrecht	10
I. Grundsätze	10
II. Die Erbfolge nach Ordnungen im Einzelnen	11
1. Erben erster Ordnung	11
2. Erben zweiter Ordnung	11
3. Erben dritter Ordnung	12
4. Vierte und fernere Ordnungen	12
III. Das nichteheliche Kind	12
1. Abstammungsrecht	14
a) Mutterschaft	14
b) Vaterschaft	15
2. Anwendungsbereich des Nichtehelichenerbrechts	15
a) Erbfälle bei Geburten vor dem 1.7.1949 ohne deutsch-deutschen-Bezug	16
b) Erbfälle bei Geburten nach dem 1.7.1949 ohne deutsch-deutschen-Bezug	17
c) Erbfälle mit deutsch-deutschem Bezug	17
3. Altfälle Bundesländer vom 1.7.1970 bis 31.3.1998	18
a) Der Erbersatzanspruch beim Tod des Vaters	18
b) Vorzeitiger Erbausgleich	20
c) Erbrechtliche Stellung der Abkömmlinge des nichtehelichen Kindes	20
d) Erbrecht des Vaters und seiner Verwandten	20
IV. Das adoptierte Kind	20
V. Verwandtschaft bei fehlerhaften Ehen	23

§ 4 Das Ehegattenerbrecht und Erbrecht eingetragener Lebenspartner	24
I. Grundsätze	24
1. Nichtehe	24
2. Aufhebbare Ehe	25
3. Althehen	25
4. Ausschluss des Ehegattenerbrechts	25
5. Die gesetzliche Regelung in § 1931 BGB	26
II. Modifikationen des § 1931 BGB durch güterrechtliche	
Bestimmungen	27
1. Zugewinngemeinschaft	27
2. Gütertrennung	28
3. Gütergemeinschaft	29
4. Deutsch-französischer Güterstand der Wahl-Zugewinngemeinschaft	
(WZGA)	29
5. Voraus des überlebenden Ehegatten, Dreißigster, Unterhaltsanspruch	
der werdenden Mutter, Versorgungsausgleich	30
a) Voraus, § 1932 BGB	30
b) Dreißigster, § 1969 BGB	31
c) Unterhaltsanspruch der werdenden Mutter eines Erben, § 1963	
BGB	31
d) Versorgungsausgleich	31
III. Das Erbrecht der eingetragenen Lebensgemeinschaften	31
§ 5 Das Erbrecht des Fiskus	33
§ 6 Gesetzliche Erbfolge nach DDR – ZGB	34
§ 7 Gewillkürte Erbfolge	36
I. Grundsatz der Testierfreiheit	36
II. Sittenwidrigkeit letztwilliger Verfügungen	37
1. Behindertentestament	39
a) Erblösung	39
b) Wesentliche Gestaltungsziele	40
c) Verwaltungsanordnungen für die Testamentsvollstreckung	40
d) Pflichtteilsansprüche und Pflichtteilsstrafklausel	41
e) Kritik	42
2. Bedürftigentestament	42
3. Sittenwidrigkeit durch die Einsetzung bestimmter Berufsgruppen	43
III. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	44
1. Grundgesetz als gesetzliche Verbotsnorm	44
2. § 14 HeimG und andere heimrechtliche Zuwendungsverbote	45
3. Verbote nach § 10 Abs. 1 BAT, § 43 BRRG, § 70 BBG, Art. 79	
BayBG, § 19 SoldatenG, § 78 Abs. 2 ZDG	47
IV. Ordre-Public-Verstöße	47
V. Gesetzliche Instrumente der Sicherung der Testierfreiheit	48
VI. Gewillkürte Erbfolge nach DDR – ZGB	48
§ 8 Die Errichtung der Verfügung von Todes wegen	49
I. Testierwille	50
II. Grundsatz der persönlichen Errichtung	51
1. Stellvertretung	51
2. Mitwirkung anderer Personen bei der Bestimmung der Erbfolge	51
III. Testierfähigkeit	53
1. Krankhafte Störung der Geistestätigkeit	54
2. Einzelne Krankheitsbilder	57

3. Alter	59
4. Betreuung	59
IV. Formgerechte Errichtung	60
1. Eigenhändiges Testament	61
a) Eigenhändige Niederschrift	61
b) Verlust der Urkunde	63
c) Eigenhändige Unterschrift	63
d) Beweisfragen	66
2. Notarielles Testament	68
a) Möglichkeiten der Errichtung und Verfahren	69
b) Errichtung eines öffentlichen Testaments durch Erklärung	69
c) Errichtung eines öffentlichen Testaments durch Übergabe einer Schrift	69
d) Behinderungen	71
e) Das Beurkundungsverfahren	72
3. Außerordentliche Testamentsformen	78
a) Nottestament vor dem Bürgermeister	80
b) Dreizeugentestament	83
c) Seetestament	85
4. DDR – ZGB	85
V. Testamentsmuster/ Erbvertragsmuster	86
§ 9 Die Auslegung der Verfügung von Todes wegen	92
I. Typenzwang	92
1. Erbeinsetzung und Enterbung	92
2. Andere Zuwendungen	92
3. Anordnungen für die Nachlassabwicklung	93
4. Pflichtteilsentziehung und Pflichtteilsbeschränkung	93
5. Widerruf	94
6. Rechtswahl	94
7. Sonstige Anordnungen	94
II. Die Auslegung der Verfügung von Todes wegen	94
1. Die erläuternde Auslegung	95
2. Die ergänzende Testamentsauslegung	100
a) Anwendungsbereich	101
b) Voraussetzungen	101
c) Maßgeblicher Zeitpunkt	103
3. Die wohlwollende Auslegung	103
4. Die Grundrechts- und menschenrechtskonforme Auslegung	104
5. Der Auslegungsvertrag	104
6. Gesetzliche Auslegungsregeln	104
III. Umdeutung der Verfügung von Todes wegen	112
IV. Teilnichtigkeit letztwilliger Verfügungen	113
V. Auslegungslexikon	114
§ 10 Die testamentarischen Verfügungen im Einzelnen	122
I. Die Erbeinsetzung	123
1. Rechtsnachfolger in wirtschaftlicher Hinsicht	123
2. Zuwendung von Einzelgegenständen	123
II. Vor- und Nacherbschaft	126
1. Grundsätze und Gestaltungsziele	126
2. Anordnung der Vor- und Nacherbschaft	128
a) Auslegung	128
b) Abgrenzung und Einzelfälle	129

3. Die Rechtsstellung des Vorerben	130
a) Anordnung der Befreiung	130
b) Ordnungsgemäße Verwaltung des Nachlasses	131
c) Pflichtverletzungen des Vorerben	132
4. Die Rechtsstellung des Nacherben	133
a) Vererblichkeit der Anwartschaft	133
b) Übertragbarkeit der Anwartschaft	135
c) Ansprüche des Nacherben nach Anfall der Erbschaft	135
5. Testamentsvollstreckung bei Vor- und Nacherbschaft	135
6. Gestaltungsempfehlungen	136
a) Vererblichkeit des Anwartschaftsrechts	137
b) Angaben zur Veräußerlichkeit	137
c) Ersatzerbeneinsetzung	137
7. Steuerliche Gesichtspunkte	138
8. Vor- und Nacherbschaft im Unternehmensbereich	138
9. Prozessuales, Zwangsvollstreckung und Insolvenz	138
10. DDR – ZGB	139
11. Vor- und Nacherbschaft beim belasteten pflichtteilsberechtigten Erben	139
III. Ersatzerbfolge und Anwachsung	139
1. Ersatzerbfolge	140
a) Vorrang der individuellen Auslegung	140
b) Ergänzende Testamentsauslegung bei Wegfall des eingesetzten Erben	140
c) Ersatzerbfolge bei Vor- und Nacherbfolge	142
2. Anwachsung	142
3. Gesetzliche Erbfolge	143
IV. Das Vermächtnis	143
1. Grundsätze	143
2. Der Beschwerter	144
3. Vermächtnisnehmer	145
4. Der Gegenstand des Vermächtnisses	146
5. Anfall und Fälligkeit	148
a) Anfall (Entstehen der Forderung)	148
b) Fälligkeit	148
6. Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	148
7. Verjährung	149
8. Pflichtteilslast	149
V. Die Auflage	149
1. Begünstigter	150
2. Der Anspruch auf Vollziehung	150
3. Unwirksamkeit der Auflage (§§ 2192, 2171 BGB)	150
4. Verwendungsbeispiele	150
VI. Die Teilungsanordnung	151
VII. Die Schenkung auf den Todesfall	152
§ 11 Gemeinschaftliches Testament der Ehegatten	155
I. Grundsätze	155
II. Form	157
1. Gemeinschaftliches öffentliches Testament	157
2. Gemeinschaftliches eigenhändiges Testament	158
3. Rücknahme aus besonderer amtlicher Verwahrung	159

III. Wechselbezügliche Verfügungen und Bindungswirkung	159
1. Begriff	159
2. Beispiele	162
3. Bindungswirkung und Widerruf	164
4. Anfechtung durch den überlebenden Ehegatten	166
5. Anfechtung durch Dritte	167
6. Ausschlagung	168
7. Entfallen der Bindungswirkung	170
a) §§ 2271 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 iVm §§ 2299, 2336, 2289 Abs. 2 BGB	170
b) §§ 2271 Abs. 3, 2289 Abs. 2 BGB	170
8. Freistellungsklauseln und Änderungsvorbehalte	171
9. Zuwendungsverzicht	172
IV. Berliner Testament	172
1. Einheits- oder Trennungslösung	172
2. Rechtsstellung des überlebenden Ehegatten und des Schlusserben	174
a) Der überlebende Ehegatte	174
b) Der Schlusserbe	175
3. Pflichtteilsstrafklausel	175
4. Wiederverheiratungsklauseln	179
5. Das Vermächtnis im Berliner Testament	181
V. Scheidung und Bindungswirkung	181
VI. Lebzeitige Verfügungen	182
VII. Verwahrung und Eröffnung	182
1. Verwahrung	182
2. Eröffnung	183
VIII. DDR – ZGB	188
§ 12 Der Erbvertrag	189
I. Begriff und Zweck	189
II. Rechtsnatur	190
1. Abgrenzung	191
2. Umdeutung	192
III. Abschluss und Form	192
1. Höchstpersönlichkeit der Errichtung	192
2. Geschäftsfähigkeitserfordernisse	193
3. Form	193
4. Besondere amtliche Verwahrung	194
IV. Inhalt des Erbvertrages	196
1. Besonderheiten der Auslegung und Umdeutung	196
2. Vertragsmäßige Verfügungen	196
3. Einseitige Verfügungen	197
4. Andere Regelungen	198
V. Möglichkeiten der Beseitigung der Bindungswirkung bei vertraglichen Verfügungen	198
1. Vertraglicher Abänderungsvorbehalt	198
2. Gesetzlicher Änderungsvorbehalt	199
3. Abänderung mit Zustimmung des Bedachten	199
4. Aufhebung durch Vertrag	199
5. Aufhebung durch Testament und gemeinschaftliches Testament	200
6. Anfechtung	200
a) Anfechtungsgrund	201
b) Anfechtungsberechtigte	202

c) Anfechtungserklärung	202
d) Ausschluss der Anfechtung	202
e) Wirkung der Anfechtung	203
7. Rücktritt	203
a) Rücktrittsgründe	203
b) Rücktrittserklärung	205
c) Form des Rücktritts	206
d) Rücktrittswirkung	206
8. Aufhebungstestament	206
9. Auflösung der Ehe	207
§ 13 Beeinträchtigende Schenkungen bei Erbvertrag oder gemeinschaftlichem Testament	210
I. Abweichende Verfügung von Todes wegen	210
II. Verfügungen des Erblassers unter Lebenden	211
III. Verfügungsunterlassungsvertrag	211
IV. Keine Nichtigkeit vertragswidriger Verfügungen	212
V. Schenkung und Vermächtnisvereitelung in Beeinträchtigungsabsicht	213
1. Voraussetzungen	213
a) Schenkung – gemischte Schenkung:	213
b) Objektive Beeinträchtigung des Vertragserben:	214
c) Benachteiligungsabsicht und lebzeitiges Eigeninteresse	215
2. Fallgruppen	216
VI. Prozessuales	218
1. Beweislast	218
2. Gläubiger und Schuldner des Anspruchs	219
3. Inhalt des Anspruchs aus § 2287 BGB	220
a) Überwiegen des unentgeltlichen Teils der Zuwendung:	220
b) Überwiegen des anzuerkennenden Teils der Schenkung:	220
4. Feststellungsklage	220
5. Auskunft und Wertermittlung	221
§ 14 Der Widerruf des Testaments	222
I. Reines Widerrufstestament	223
II. Widerruf durch inhaltlich widersprechendes Testament (§ 2258 BGB) ...	223
III. Widerruf durch Vernichtung oder Veränderung der Testamentsurkunde (§ 2255 S. 1 BGB)	224
1. Die Veränderung an der Urkunde	224
2. Widerruf durch den Erblasser selbst in Aufhebungsabsicht	225
IV. Widerruf durch Rücknahme des öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung (§ 2256 BGB)	226
V. Widerruf des Widerrufs	228
§ 15 Die Anfechtung letztwilliger Verfügungen	230
I. Einfaches Testament	230
1. Anfechtungsberechtigung	230
2. Anfechtungsgrund	230
a) Erklärungs- und Inhaltsirrtum	231
b) Motivirrtum	231
c) Übergehen eines Pflichtteilsberechtigten	232
3. Form und Frist der Anfechtung	232
a) Form	232
b) Frist	233
II. Gemeinschaftliches Testament	233

III. Erbvertrag: §§ 2281 ff. BGB	234
§ 16 Die Annahme und die Ausschlagung der Erbschaft	236
I. Die Annahme der Erbschaft	237
1. Annahmeerklärung	237
2. Verstreichenlassen der Ausschlagungsfrist	237
3. Anfechtung der Annahme	238
II. Die Ausschlagung der Erbschaft	238
1. Voraussetzungen der Ausschlagung der Erbschaft	239
a) Ausschlagungserklärung	239
b) Form	243
c) Frist	244
2. Wirksamkeit und Wirkungen	245
3. Willensmängel	247
a) Irrtum über die Rechtsfolgen der Ausschlagung	247
b) Anfechtung der Ausschlagung wegen Motivirrtums	247
4. Zuständigkeit und Verfahren	249
5. Ermittlung des eintretenden Erben	251
§ 17 Das Pflichtteilsrecht	254
I. Begriffe	256
1. Pflichtteilsrecht – Pflichtteilsanspruch	256
2. Pflichtteilsberechtigter	256
3. Pflichtteilsschuldner	256
4. Pflichtteilverbindlichkeit – Pflichtteilslast	256
II. Pflichtteilsrecht und Verfassungsrecht	257
1. Zur verfassungsrechtlichen Problematik	257
2. Art der Beteiligung naher Angehöriger am Nachlass im Rechtsvergleich und in der Reformdiskussion	259
III. Nachlassbewertung	260
1. Grundsätze	260
2. Abweichungen vom Verkehrswert am Stichtag	260
a) Der innere oder wahre Wert	260
b) Die Bedeutung späterer Verkäufe bei nicht wesentlich veränderten Marktverhältnissen	261
3. Besonderheiten bei Landgütern und landwirtschaftlichen Anwesen	261
4. Bewertung einzelner Aktivposten	262
5. Bewertung der Passiva	265
IV. Pflichtteilsberechtignte und Pflichtteilsschuldner	267
1. Der Kreis der Pflichtteilsberechtignten	267
a) Nichteheliche Kinder	267
b) Adoptierte Kinder	268
c) Ehegatten	268
d) Eltern und entferntere Abkömmlinge	269
2. Pflichtteilsschuldner	270
a) Pflichtteilsanspruch	270
b) Pflichtteilsergänzungsanspruch	271
3. Die Pflichtteilslast	271
V. Der Anspruch auf Auskunft, Wertermittlung und eidesstattliche Versicherung	272
1. Grundlagen	272
2. Anspruchsgegner	274

3. Inhalt der Auskunft	274
a) Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	276
b) Form und Art des Verzeichnisses	278
c) Anspruch auf Wertermittlung	279
4. Eidesstattliche Versicherung	280
5. Zwangsvollstreckung	281
VI. Der Pflichtteilsanspruch dem Grunde nach	282
1. Fallkonstellationen	282
a) Erbteil geringer als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils	282
b) Erbeinsetzung mit Beschränkung durch die Einsetzung eines Nacherben, Ernennung eines Testamentsvollstreckers oder Teilungsanordnung oder Beschwerung mit einem Vermächtnis oder einer Auflage oder Einsetzung als Nacherbe	283
c) Weitere Fallkonstellationen	285
2. Die Anfechtung von Annahme und Ausschlagung	286
a) Annahme der Erbschaft	286
b) Ausschlagung der Erbschaft	286
c) § 2308 BGB	287
3. Besonderheiten beim Ehegattenpflichtteil bei Zugewinngemeinschaft	288
4. Die Ermittlung der „Hälfte des gesetzlichen Erbteils“ (Quoten- und Werttheorie)	289
VII. Die Pflichtteilsquote	289
1. Grundsätze	289
2. Auswirkung des Güterstands	290
3. Elternquote	291
VIII. Anrechnung und Ausgleichung bei Vermögensübertragungen unter Lebenden	291
1. Anrechnung	292
2. Ausgleichung	295
a) Die Ausgleichung besonderer Leistungen an den Erblasser	296
b) Berechnung der Ausgleichung	297
3. Zusammentreffen von Anrechnung und Ausgleichung	298
IX. Pflichtteilsunwürdigkeit, Pflichtteilsentziehung und Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht	300
1. Die Pflichtteilsunwürdigkeit	301
2. Die Pflichtteilsentziehung, §§ 2333, 2336 BGB	302
3. Die Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht, § 2338 BGB	305
X. Der Pflichtteilsverzicht, § 2346 BGB	307
1. Vertrag zwischen Erblasser und Pflichtteilsberechtigten	307
a) Form	307
b) Erbverzicht – Pflichtteilsverzicht	307
c) Abfindung	308
2. Zuwendungsverzicht, § 2352 BGB	310
3. Vertrag zwischen Pflichtteilsberechtigten über Pflichtteil und künftigen Pflichtteilsanspruch	311
XI. Entstehung, Rang, Fälligkeit, Verzug, Verjährung, Verwirkung des Pflichtteilsanspruchs	311
1. Entstehung	311
2. Rang	312
3. Fälligkeit	312
4. Verzug	312

5. Verjährung	313
a) Einzelfälle	313
b) Beweislast	314
c) Hemmung der Verjährung	314
6. Verwirkung	316
XII. Abtretung, Vererbung, Pfändung, Erlass, Insolvenzverfahren	316
1. Abtretung, Pfändung, Überweisung zur Einziehung, Überleitung	316
2. Vererbung	317
3. Insolvenz	317
4. Erlass	317
XIII. Stundung des Pflichtteilsanspruchs	318
1. Zuständigkeit	318
2. Voraussetzungen	318
3. Verfahren	319
4. Abänderung	320
5. Gebühren	321
6. Rechtsmittel	321
XIV. Deutsch-deutsches Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsrecht nach dem ZGB der DDR	321
1. Deutsch-deutsches Pflichtteilsrecht	321
2. Das Pflichtteilsrecht der DDR	321
XV. Internationales Privatrecht	322
§ 17a Der Pflichtteilsergänzungsanspruch	323
I. Schutzzweck der Norm	323
II. Das Verhältnis des Pflichtteilsergänzungsanspruchs zum ordentlichen Pflichtteil	324
III. Pflichtteilsergänzung bei Erbeinsetzung, Zuwendung von Vermächtnissen und Schenkungen an den Pflichtteilsberechtigten	325
IV. Begriff und Umfang der Schenkung	326
1. Schenkungen	326
2. Gemischte Schenkungen	326
3. Pflicht- und Anstandsschenkungen	327
4. Einzelfälle	328
a) Abzugsfähigkeit vorbehaltener Nutzungen	328
b) Ehebezogene (unbenannte) Zuwendungen	330
c) Güterrechtsverträge	331
d) Abfindungen beim Erbverzicht	332
e) Aufnahme in eine Personengesellschaft (OHG, KG) und Abfindungsklauseln	332
f) Stiftungen	333
g) Lebensversicherungen	333
V. Bewertung und Berechnung	335
1. Verbrauchbare und nicht verbrauchbare Sachen	335
2. Berechnung des Anspruchs	335
VI. Zehnjahresfrist des § 2325 Abs. 3 BGB	335
VII. Durchsetzung des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	337
1. Auskunftsanspruch	337
2. Anspruchsinhalt	337
3. Haftung mehrerer Beschenkter	337
4. Verjährung	338

§ 17b Die prozessuale Durchsetzung des Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsanspruchs	340
I. Die Pflichtteilsstufenklage	340
1. Verfahrensgrundsätze	341
a) Sukzessive Verhandlung und Entscheidung	341
b) Verjährung	342
c) Beweislast	342
2. Zuständigkeit und Gebührenstreitwert	342
3. Auskunft, Wertermittlung und eidesstattliche Versicherung	343
a) Auskunft	343
b) Wertermittlung	344
c) Eidesstattliche Versicherung	345
4. Urteil	345
5. Kosten	346
a) Unterschiedliches Obsiegen und Unterliegen auf einzelnen Stufen	346
b) Kostenentscheidung bei nicht bestehendem Zahlungsanspruch	347
6. Zwangsvollstreckung	347
7. Arrestverfahren	349
8. Rechtsmittel	349
9. Prozesskostenhilfe	350
II. Die Klage auf Pflichtteilsergänzung	350
1. Pflichtteilsergänzungsklage gegen den Erben	350
a) Antrag	351
b) Beweislast	351
2. Klage gegen den Beschenkten	351
§ 18 Erb-, Pflichtteils- und Zuwendungsverzicht	353
I. Grundsätze	353
II. Wirkung des Erbverzichts	354
III. Pflichtteilsverzicht	356
IV. Form	356
V. Zuwendungsverzicht	357
VI. Aufhebung von Erb-, Pflichtteils- und Zuwendungsverzicht	358
VII. Erbschaftsteuer	358
§ 19 Die Testamentsvollstreckung	360
I. Wesen der Testamentsvollstreckung	361
II. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers	361
1. Rechtsstellung	361
2. Post- oder transmortale Vollmachten	363
III. Die Anordnung der Testamentsvollstreckung	363
1. Allgemeines	363
2. Gemeinschaftliches Testament und Erbvertrag	364
IV. Die Aufgaben des Testamentsvollstreckers und seine Befugnisse	365
1. Aufgabenkreis	365
a) Die Abwicklungsvollstreckung	365
b) Die Verwaltungsvollstreckung und Dauervollstreckung	367
c) Sonstige Aufgaben	367
2. Verfügungsbefugnis des Testamentsvollstreckers	367
a) Testamentsvollstreckung in der Insolvenz	369
b) Testamentsvollstreckung in der Nachlassverwaltung	369
V. Die Ernennung des Testamentsvollstreckers	369
1. Persönliche Voraussetzungen	370

2. Ernennung des Testamentsvollstreckers	371
a) Ernennung durch den Erblasser	371
b) Ernennung durch einen Dritten	372
c) Ernennung durch das Nachlassgericht	373
d) Rechtsmittel	375
VI. Die Vergütung des Testamentsvollstreckers	376
1. Grundlagen	376
a) Schuldner	376
b) Fälligkeit	377
2. Höhe der Vergütung bei Festsetzung durch das Gericht	377
a) Grundsatz	377
b) Bemessungsgrundlage	378
c) Aufwendungen für Dritte und Berufsdienste	378
d) Umsatzsteuer	379
e) Vergütung nach Tabellensätzen	379
f) Vergütung bei Dauertestamentsvollstreckung	381
3. Die Vergütung als Organ eines Unternehmens	381
4. Die Vergütung des vermeintlichen Testamentsvollstreckers	382
VII. Annahme und Ablehnung des Amtes des Testamentsvollstreckers	382
VIII. Das Testamentsvollstreckerzeugnis	383
1. Begriff und Zweck	383
2. Arten	383
3. Die Voraussetzungen der Erteilung und Gang des Verfahrens	384
a) Zuständigkeit für die Erteilung	384
b) Antrag	384
c) Verfahren	385
d) Entscheidung über den Antrag	386
4. Inhalt des Zeugnisses	387
5. Niederschrift und Zeugnis	387
6. Die Berichtigung und Beseitigung des Zeugnisses	389
7. Richtigkeitsvermutung und öffentlicher Glaube	391
IX. Die Mitwirkung des Nachlassgerichts bei der Ausübung und Beendigung des Testamentsvollstreckeramtes	391
1. Vermittlung bei Streitigkeiten	391
2. Außerkraftsetzung von Anordnungen des Erblassers	393
X. Beendigung der Testamentsvollstreckung	395
1. Entlassung durch das Nachlassgericht	395
a) Pflichtverletzung und grobe Fahrlässigkeit	396
b) Einzelfälle	397
c) Verfahren	399
d) Rechtsmittel	400
e) Kosten	400
2. Die Kündigung durch den Testamentsvollstrecker	401
XI. Die Haftung des Testamentsvollstreckers	401
1. Pflichtverletzung	401
2. Verschulden	402
3. Beweislast	403
4. Verjährung	403
§ 20 Die Haftung der Erben für die Nachlassverbindlichkeiten	404
I. Das System der Haftung und ihrer Beschränkung	404
1. Arten der Nachlassverbindlichkeiten	404
a) Erblasserschulden	405

b) Erbfallschulden	405
c) Nachlasserbenschulden	405
d) Verbindlichkeiten aus dem Betrieb eines Handelsgeschäfts	406
2. Die Haftung des Erben vor Annahme der Erbschaft	407
3. Beschränkung der Haftung auf den Nachlass	407
4. Prozessuale Geltendmachung der Haftungsbeschränkung	408
5. Verlust der Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung	409
6. Sonderregelungen	410
II. Inventarerrichtung	410
1. Recht und Pflicht zur Errichtung	410
a) Freiwillige Inventarerrichtung	410
b) Inventar auf Fristsetzung hin	411
2. Möglichkeiten der Errichtung	415
a) Bezugnahme auf ein bereits vorhandenes, den Vorschriften der §§ 2002, 2003 BGB entsprechendes Inventar (§ 2004 BGB)	415
b) Einreichung eines Inventars, das der Erbe (auch Miterbe oder ein Bevollmächtigter des Erben) selbst aufgenommen und unterschrieben hat (§ 1993 BGB)	415
c) Amtliche Aufnahme des Inventars	416
3. Aufnahme, Form und Inhalt des Inventars	418
III. Versicherung des Erben an Eides Statt zu Protokoll des Nachlassgerichts	419
1. Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung auf Verlangen eines Nachlassgläubigers	419
2. Eidesstattliche Versicherung nach §§ 410 Nr. 1, 413 FamFG	420
IV. Aufgebot zur Ausschließung von Nachlassgläubigern	424
1. Die Bedeutung des Aufgebots	424
2. Verfahren	425
V. Gläubigerversäumnis (Verschweigungseinrede)	430
§ 21 Das Nachlassinsolvenzverfahren	431
I. Grundsätze	431
II. Zuständigkeit	432
III. Antrag	432
1. Antragsberechtigung	432
2. Antragspflicht	433
3. Antragsfrist	433
4. Form	433
IV. Begründetheit des Antrags (Insolvenzgrund)	434
V. Sicherungsmaßnahmen	434
VI. Weitere Voraussetzungen	435
VII. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	436
1. Insolvenzmasse	436
2. Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	436
3. Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses	436
4. Rechtsmittel	436
VIII. Die Wirkung der Eröffnung des Verfahrens	436
1. Im Hinblick auf die Haftung	436
2. Zwangsvollstreckung	437
3. Befugnisse des Insolvenzverwalters und der Erben	437
IX. Das Insolvenzverfahren und die Verteilung des Nachlasses	437
X. Beendigung	438
XI. Die Wirkungen der Beendigung	439

§ 22 Die Erbwürdigkeit	440
§ 23 Die Erbengemeinschaft und die Nachlassauseinandersetzung	443
I. Die Entstehung und Verwaltung der Erbengemeinschaft	443
1. Die Verwaltung der Erbengemeinschaft	444
2. Die Vertretung der Erbengemeinschaft im Außenverhältnis	444
3. Prozessführung durch die Erbengemeinschaft	444
II. Die Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft	445
1. Der Auseinandersetzungsplan	447
2. Die Abschichtung	447
3. Genehmigungen zur Wirksamkeit der Auseinandersetzung	448
4. Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke	449
5. Handelsgeschäft, GmbH, AG, Personengesellschaft	449
6. Die Gewährleistung bei der Erbteilsveräußerung	450
7. Haftung bei Erbauseinandersetzung unter Miterben durch Aufteilung	450
III. Durchführung der Erbauseinandersetzung im Einzelnen	450
1. Testamentsvollstreckung ist angeordnet	450
2. Testamentsvollstreckung ist nicht angeordnet	452
3. Die Erbteilungsklage	457
4. Vermittlungsverfahren vor dem Notar	458
IV. Die Vermittlung der Erbauseinandersetzung durch den Notar	458
1. Grundsätze	458
2. Voraussetzungen der Vermittlung	459
3. Verfahren	460
a) Zuständigkeit	460
b) Antrag	460
c) Antragsberechtigung	461
d) Inhalt des Antrags	461
e) Formelle Prüfung durch den Notar	462
f) Zurücknahme und Zurückweisung des Antrags	463
g) Rechtsmittel	464
4. Die Verhandlung vor dem Notar	464
a) Verhandlung über vorbereitende Maßnahmen	465
b) Aussetzung bei Streit (§ 370 FamFG)	466
c) Das Versäumnisverfahren	467
d) Bestätigung der Vereinbarung über vorbereitende Maßnahmen	468
e) Auseinandersetzungsplan	469
f) Verhandlung zur Auseinandersetzung	472
g) Bestätigung der Auseinandersetzung	474
V. Die Vermittlung der Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts einer Gütergemeinschaft	475
§ 24 Die Unternehmensnachfolge im Erbrecht	477
I. Nachfolge in ein einzelkaufmännisches Unternehmen	477
1. Einsetzung eines Alleinerben	477
2. Drittbestimmung des Unternehmensnachfolgers	478
3. Kündigungsrecht gemäß § 723 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 BGB	478
II. Beteiligung an einer Personengesellschaft	478
1. Die einfache erbrechtliche Nachfolgeklausel	479
2. Die qualifizierte erbrechtliche Nachfolgeklausel	480
3. Die rechtsgeschäftliche Eintrittsklausel	481
III. Der Nießbrauch an einem Unternehmen	482
1. Der bloß „obligatorische Nießbrauch“	482

2. Nießbrauch an Gesellschaftsanteilen	482
3. Nießbrauch an der Beteiligung an einer Personengesellschaft	482
4. Nießbrauch am Anteil an einer Kapitalgesellschaft	483
IV. Testamentsvollstreckung bei einzelkaufmännischen Unternehmen	484
1. Vollmachtslösung	484
2. Haftung	484
3. Treuhandlösung	485
§ 25 Das Stiftungsgeschäft von Todes wegen (§ 83 BGB)	487
§ 26 Schieds- und Wertsicherungsklauseln	491
I. Schiedsklauseln	491
II. Wertsicherungsklauseln	492
Teil 2. Das Verfahren in Nachlasssachen im Allgemeinen	
§ 27 Nachlasssachen	495
I. Amtsverfahren	495
II. Antragsverfahren	496
III. Entgegennahme von Erklärungen (§ 342 Abs. 1 Nr. 5)	498
IV. Weitere Verfahren	498
§ 28 Die Zuständigkeiten in Nachlasssachen	499
I. Sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	499
II. Funktionelle Zuständigkeit von Richter und Rechtspfleger	500
1. Dem Rechtspfleger zugewiesene Geschäfte	501
2. Dem Richter zugewiesene Geschäfte	505
3. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	506
III. Die übrigen Nachlassbehörden und ihre Zuständigkeit	507
1. Das Notariat	507
2. Das Landwirtschaftsgericht (LwG)	507
3. Berufskonsuln	510
4. Sonstige Sonderzuständigkeiten	510
5. Unzuständigkeit	511
§ 29 Allgemeine Verfahrensgrundsätze nach dem FamFG	512
I. Das Frei- und Strengbeweisverfahren	512
II. Die Beteiligten, Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit	513
1. Die Beteiligten	513
2. Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit	515
III. Beistände und Verfahrensbevollmächtigte	516
1. Beistände	516
2. Verfahrensbevollmächtigte	517
IV. Akteneinsicht und Erteilung von Abschriften	518
1. Berechtigtes Interesse	518
2. Umfang der Akteneinsicht	519
3. Zuständigkeit zur Entscheidung	520
4. Anfechtung bei gewährter oder versagter Akteneinsicht	520
5. Gebühren	521
V. Gerichtssprache und Sitzungspolizei	521
1. Gerichtssprache	521
2. Sitzungspolizei	522
3. Beratung und Abstimmung bei Kollegialgerichten	522
VI. Nichtöffentlichkeit	522
VII. Die Ausschließung von der Amtsausübung und Ablehnung	523

VIII. Termine	524
IX. Aussetzung, Unterbrechung, Ruhen des Verfahrens	525
1. Aussetzung (§ 21 FamFG)	525
2. Unterbrechung	525
3. Ruhen des Verfahrens	526
X. Verfahrenskostenhilfe	526
1. Subjektive Voraussetzungen („Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse“)	527
2. Objektive Voraussetzungen („hinreichende Aussicht auf Erfolg“)	527
3. Beiordnung eines Rechtsanwalts (§ 78 FamFG)	527
XI. Benachrichtigungen	528
§ 30 Haftung für Pflichtverletzungen	529
I. Richter und Rechtspfleger	529
II. Notare	530
III. Rechtsanwälte	530
IV. Haftungsfälle aus der Rechtsprechung in Nachlasssachen	531
§ 31 Aktenwesen und Registerführung	533
§ 32 Entscheidungen in Nachlasssachen	536
I. Terminologie	536
II. Aufbau und Form	536
III. Beschlussarten	537
IV. Genehmigungsentscheidungen des Nachlassgerichts	537
V. Bekanntgabe und Wirksamkeit	539
VI. Materielle Rechtskraft (Bestandskraft)	540
VII. Einstweilige Anordnungen in Nachlasssachen	541
§ 33 Rechtsbehelfe in Nachlasssachen	542
I. Übersicht	542
II. Beschwerde	544
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	544
a) Statthaftigkeit	544
b) Form, Inhalt und Frist der Beschwerde	546
c) Beschwerdeberechtigung (§ 59 FamFG)	548
2. Verfahren	549
3. Entscheidung	550
4. Kosten und Gebühren	551
a) Gerichtskosten	551
b) Anwaltskosten und sonstige außergerichtliche Kosten	551
c) Geschäftswert	552
III. Sofortige Beschwerde	553
IV. Rechtsbeschwerde	553
§ 34 Der Vergleich in Nachlasssachen	555
§ 35 Kosten in Nachlasssachen	557
I. Geschäftswert	557
II. Einzelne Gebühren	558
III. Gebühren des Rechtsanwalts in Nachlasssachen	559
IV. Notarkosten	560

Teil 3. Einzelne Nachlassverfahren

§ 36 Die besondere amtliche Verwahrung von Testamenten und Erbverträgen	563
I. Die Annahme zur besonderen amtlichen Verwahrung	563
II. Die Herausgabe aus der besonderen amtlichen Verwahrung	576
1. Einsichtnahme	576
2. Die Herausgabe einer Verfügung von Todes wegen zur Rückgabe an den Erblasser	577
3. Wirkung der Rücknahme	578
4. Das Verfahren bei der Rückgabe an den Erblasser	578
§ 37 Die Eröffnung letztwilliger Verfügungen	581
I. Grundsätze	581
II. Die Sonderregelung des § 351 FamFG	585
III. Ablieferung	587
1. Testament ist im Besitz einer Privatperson	588
a) Der Besitzer erscheint ohne Aufforderung und liefert das Testament beim Nachlassgericht ab	588
b) Besitzer liefert das Testament nicht ab	589
2. Testament befindet sich bei einem Notar oder bei einer Behörde	594
3. Testament befindet sich in Verwahrung des Nachlassgerichts oder eines Amtsgerichts	594
IV. Eröffnung	594
1. Beteiligte	595
2. Eröffnungstermin	596
3. Eröffnungsprotokoll	597
4. Besonderheiten bei der Eröffnung gemeinschaftlicher Testamente und zweiseitiger Erbverträge	598
a) Eröffnung beim ersten Todesfall	598
b) Eröffnung beim zweiten Todesfall	601
5. Benachrichtigungen	603
§ 38 Das Erbscheinsverfahren	606
I. Begriff des Erbscheins	607
II. Arten des Erbscheins	609
1. Erbschein des Alleinerben (§ 2353 Alternative 1 BGB)	609
2. Gemeinschaftlicher Erbschein (§ 352a FamFG)	609
3. Teilerbschein, § 352 Abs. 3 FamFG	610
4. Der Gruppenerbschein	611
5. Der gemeinschaftliche Teilerbschein	611
6. Der Sammlererbschein oder vereinigte Erbschein	611
7. Der gegenständlich beschränkte Erbschein	611
8. Erbscheine zu beschränktem Gebrauch	612
III. Zuständigkeit	612
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	612
2. Örtliche Zuständigkeit	613
IV. Der Erbscheinsantrag	614
1. Antragsberechtigung	614
2. Vertretung	616
a) Der gesetzliche Vertreter	616
b) Antrag durch Bevollmächtigten	616
3. Inhalt des Antrags	616
4. Form des Antrags	618

V. Einzelheiten zur Erbscheinsverhandlung und zu dem der Erteilung eines Erbscheins vorausgehenden Verfahren	627
1. Die erforderlichen Nachweise	627
2. Die Nachweise im Einzelnen	628
a) Öffentliche Urkunden	631
b) Ausländische öffentliche Urkunden	632
c) Versicherung an Eides Statt	633
3. Ermittlung von Amts wegen	634
4. Rechtliches Gehör – Anhörungspflichten – öffentliche Aufforderung	639
a) Rechtliches Gehör	639
b) Die Anhörung zur Aufklärung des Sachverhalts	642
c) Öffentliche Aufforderung	643
5. Beweiserhebung	644
a) Verfahren	644
b) Beweismittel	646
c) Abschließende Verfügung	649
VI. Die Entscheidung über den Erbscheinsantrag	650
1. Die Bewilligung und Erteilung des Erbscheins	650
2. Streitige Entscheidung und Aussetzung der Vollziehung	651
3. Die Entscheidung über die Kosten	652
a) Kostengrundentscheidung	652
b) Höhe der Kosten und deren Festsetzung	653
4. Die Erteilung des Erbscheins	654
5. Der Inhalt des Erbscheins	655
a) Zum Berufungsgrund	655
b) Hinweise auf Nachlassteile	656
c) Zur Bezeichnung des Erblassers und der Erben	656
d) Zur Angabe des Erbrechts und der Größe des Erbteils (nach Bruchteilen)	656
e) Anzugebende Beschränkungen	657
f) Gegenständlich beschränkter Erbschein	662
VII. Abschluss des Erteilungsverfahrens	664
1. Schlussverfügung	664
2. Kostenbehandlung	665
3. Akteneinsicht und die Erteilung von Abschriften und Ausfertigungen	667
§ 39 Einziehung und Kraftloserklärung des Erbscheins	669
I. Voraussetzungen	669
II. Zuständigkeit	670
III. Verfahren	671
IV. Entscheidung und Vollstreckung	671
V. Einstweiliger Rechtsschutz	673
VI. Beschwerde gegen die Einziehung	674
§ 40 Weitere Zeugnisse	675
I. Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	675
II. Lastenausgleich, Rückerstattung, Wiedergutmachung, Entschädigung, Wertpapierbereinigung	675
1. Lastenausgleich	675
2. Wiedergutmachung Rückerstattungs- und Entschädigungsansprüche	677
3. Wertpapierbereinigung	677

III. Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft (§ 1507 BGB)	677
1. Materielles Recht	677
2. Das Zeugnis über die fortgesetzte Gütergemeinschaft	678
IV. Zeugnisse nach § 16 Reichsschuldbuchgesetz, BSchuWG, Landesschuldbüchern	681
V. Landesrechtliche Zeugnisse	682
VI. Überweisungszeugnisse (§§ 36, 37 GBO)	682
VII. Besondere Fälle	685
1. Heimstätten	685
2. Erbhöfe und sonstige Höfe	685
3. Fideikommisse und ähnliche Güter	689
§ 41 Die Sicherung des Nachlasses	691
I. Grundsätze – Zuständigkeit – Mitteilungspflichten	691
II. Sicherungsfälle	693
1. Unklarheit über den Erben	693
2. Fürsorgebedürfnis	694
III. Sicherungsmittel	695
1. Die Anlegung von Siegeln, Entsigelung	696
2. Die amtliche Inverwahrnahme	698
3. Die Aufnahme eines Nachlassverzeichnisses	700
a) Arten	700
b) Verfahren	700
IV. Die Nachlasspflegschaft	701
1. Die Voraussetzungen der Sicherungspflegschaft	701
a) Unbekannte Erben	701
b) Fürsorgebedürfnis	702
c) Das Verhältnis zu anderen Verwaltungen	704
2. Verfahren	705
a) Auswahl des Pflegers	706
b) Die Überwachung der Tätigkeit des Pflegers	710
3. Die Stellung des Pflegers, Aufgaben und Befugnisse	710
a) Rechtsgeschäftliches Handeln	711
b) Prozessführung	712
c) Vollstreckung	713
4. Die Aufgaben und Befugnisse des Pflegers in typischem Ablauf der Pflegschaft	714
5. Die Beendigung der Nachlasspflegschaft	720
6. Die Vergütung des Nachlasspflegers	722
a) Der vermögende Nachlass	723
b) Der mittellose Nachlass	724
c) Der teilmittellose Nachlass	724
d) Vergütungsfestsetzungsverfahren	725
7. Die Erbauseinandersetzung	730
8. Aushändigung des Nachlasses	730
V. Klagepflegschaft (Nachlasspflegschaft auf Antrag)	730
§ 42 Der Fiskus als Erbe	734
I. Die Feststellung des Erbrechts des Fiskus	734
II. Verfahren	736
1. Erlass einer öffentlichen Aufforderung zur Anmeldung der Erbrechte (§ 1965 BGB)	736
2. Nachweisfrist	736
3. Prüfung	737

4. Feststellungsbeschluss	738
5. Bedeutung und Wirkung des Feststellungsbeschlusses	738
6. Rechtsmittel und Gebühren	739
III. Besonderheiten	739

Teil 4. Auf einen Blick

§ 43 Die wichtigsten Auslegungsfragen	741
I. Erbinsetzung und zusammenhängende Auslegungsfragen	741
II. Für Aufnahme bei Krankheit oder Pflegefall:	743
III. Fallkonstellation gleichzeitiger oder gemeinsamer Tod	743
IV. Einzelfragen	745
§ 44 Formerfordernisse in Nachlasssachen	749
I. Formerfordernisse in nachlassgerichtlichen Verfahren	749
II. Erklärungen gegenüber dem Nachlassgericht	749
III. Die öffentliche Beglaubigung	749
IV. Die Beurkundung von Rechtsgeschäften	750
§ 45 Überblick über wichtige Fristen im Erbrecht	751

Teil 5. Internationales Privatrecht

§ 46 Innerdeutsches Kollisionsrecht und Recht der früheren DDR	757
§ 47 Die Europäische Erbrechtsverordnung EuErbVO	758
I. Vorrangige Abkommen	760
II. Anwendungsbereich, Auslegung, Vorfragen	760
1. Auslegung	760
2. Anwendungsbereich	760
a) Abgrenzung zum Güterrecht	761
b) Unentgeltliche Zuwendungen	761
c) Gesellschaftsrechtliche Nachfolgeklausein	762
d) Abgrenzung zum Sachenrecht	762
3. Vorfragen	764
4. Behandlung der von der Verordnung ausgenommenen, erbrechtlichen Bereiche	764
III. Ermittlung des Erbstatuts	765
1. Regelanknüpfung nach Art. 21 EuErbVO	765
a) Allgemeines	765
b) Letzter gewöhnlicher Aufenthalt	765
c) Einzelfälle	765
2. Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung	766
3. Rechtswahl nach Art. 22 EuErbVO	766
a) Allgemeines	766
b) Form der Rechtswahl	767
c) Rechtswahlerklärung	767
d) Änderung und Widerruf der Rechtswahl	768
4. Reichweite des Erbstatuts	768
5. Rück- und Weiterverweisung, Art. 34 EuErbVO	769
6. Eingriffsnormen, Art. 30 EuErbVO	770
7. Mehrrechtsstaaten	770
8. Ordre public	770
IV. Einseitige Testamente	771
1. Form	771

2. Zulässigkeit und materielle Wirksamkeit	771
a) Zulässigkeit	771
b) Materielle Wirksamkeit	771
3. Änderung, Widerruf	772
4. Rechtswahlmöglichkeiten im Testament	772
a) Wahl des Errichtungs- und des Erbstatuts nach Art. 24 Abs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	773
b) Isolierte Wahl des Errichtungsstatuts nach Art. 24 Abs. 2 EuErbVO	773
c) Isolierte Wahl des Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	773
5. Wirkungen im Todesfall	774
V. Erbverträge und gemeinschaftliche Testamente	774
1. Begriff des Erbvertrages, Abgrenzungen	774
a) Definition	774
b) Vereinbarung, Einigung	774
c) Bindung	775
d) Begründung, Änderung oder Entzug von Rechten	775
e) Beteiligung des Erblassers	775
f) Gegenleistung	776
g) Abgrenzungen, Einzelfälle	776
2. Form des Erbvertrages	778
a) Allgemeines	778
b) Zulässigkeit des Erbvertrages als Formfrage	778
3. Die materielle Wirksamkeit des einseitigen Erbvertrages	779
a) Materielle Zulässigkeit	779
b) Materielle Wirksamkeit im Übrigen	779
c) Auswirkungen einer Eheauflösung	780
d) Wirkungen des Erbvertrages zu Lebzeiten	781
4. Materielle Wirksamkeit des mehrseitigen Erbvertrages	781
a) Abgrenzungsfragen	781
b) Zulässigkeit	782
c) Materielle Wirksamkeit und Bindungswirkung	783
5. Besonderheiten bei Verzichtverträgen	783
a) Form	783
b) Materielle Wirksamkeit	783
6. Rechtswahlmöglichkeiten im Erbvertrag	785
a) Wahl nach Art. 25 Abs. 1 bzw. Abs. 2 UAbs. 1 iVm Art. 22 EuErbVO	785
b) Rechtswahl nach Art. 25 Abs. 3 EuErbVO	786
c) Wahl des tatsächlichen Erbstatuts nach Art. 22 EuErbVO	786
7. Ehe- und Erbverträgen und andere mit einem Erbvertrag verbundene Verträge und Vereinbarungen	787
a) Zusammengesetzte Verträge	787
b) Unselbständige Bestandteile des Erbvertrages	788
VI. Übergangsregelungen	788
VII. Internationale Zuständigkeit nach der EuErbVO	789
VIII. Das internationale Erbrechtsverfahrensgesetz (IntErbRVG), Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ)	790
1. Örtliche Zuständigkeit für Streitige Verfahren	790
2. Das Europäische Nachlasszeugnis (ENZ)	790
a) Internationale Zuständigkeit	791
b) Sachliche Zuständigkeit	791
c) Örtliche Zuständigkeit	791

d) Funktionale Zuständigkeit	792
e) Verfahren und Beteiligte	792
f) Gültigkeitsdauer	793
g) Änderung oder Widerruf des ENZ, Aussetzung der Wirkungen	793
h) Rechtsbehelfe	793
i) Gleichstellung des ENZ mit Erbschein für den Grundbuchverkehr	793
j) Internationale Zuständigkeit zur Erbscheinserteilung, Verhältnis zum ENZ	794
k) Sich widersprechende Erbnachweise	794
3. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung ausländischer Titel	812
4. Annahme ausländischer öffentlicher Urkunden	812
5. Entgegennahme von Erklärungen	813
§ 48 Internationale Zuständigkeit und Behandlung von Ausländernachlässen vor Anwendbarkeit der EuErbVO	814
I. Internationale Zuständigkeit in der streitigen Gerichtsbarkeit	815
1. Autonomes Zivilprozessrecht	815
2. Europarecht	815
3. Bilaterale Staatsverträge	815
4. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	816
II. Internationales Nachlassverfahrensrecht	816
1. Internationale Zuständigkeit bei Entgegennahme von Erklärungen und Nachlassicherung	816
2. Zuständigkeit bei Staatenlosen und Flüchtlingen	817
III. Anerkennung ausländischer Erbscheine und Testamentsvollstreckererzeugnisse	817
IV. Vormaliges Deutsches IPR, Ermittlung des Erbstatuts	817
1. Art. 3–6/25, 26 EGBGB	817
2. Übergangsregelung für Vorgänge vor dem 1.9.1986	818
3. Staatsverträge	818
V. Die Staatsangehörigkeit des Erblassers	819
1. Deutsche Staatsangehörigkeit	820
2. Verfolgte	820
3. Volksdeutsche Ausländer	820
4. Aussiedler	821
5. Übersiedler	821
6. Deutsche östlich von Oder und Neisse	821
7. Staatenlose, Flüchtlinge, heimatlose Ausländer, Asylberechtigte	822
8. Flüchtlinge	822
9. Mehrstaater	823
VI. Der Regelungsbereich des Erbstatuts	823
1. Vom Erbstatut erfasste Bereiche	823
2. Nicht vom Regelungsbereich des Erbstatuts erfasste Bereiche	825
VII. Modifikation des Erbstatuts	826
1. Rechtswahl	826
2. Rück- und Weiterverweisung (renvoi Art. 4 EGBGB), Verweisung auf Sachnorm (Art. 3a Abs. 1 EGBGB aF)	828
3. Sonderstatut	829
4. Vorbehaltsklausel (ordre public)	830
VIII. Erbstatut und Güterrecht	831

IX. Ermittlung ausländischen Rechts	834
X. Erbstatut und Erbschein, Testamentsvollstreckerzeugnis	835
1. Erbschein nach § 2369 BGB aF (nun § 352c FamFG)	835
2. Nachlassspaltung	837
3. Verfügungsbeschränkungen	837
a) Nießbrauch, Legate	837
b) Vollstrecker, Verwalter	838
4. Fremdrechterschein	840
XI. Übersicht über in der Praxis häufig vorkommende Auslandsbezüge	840
§ 49 Rechtshilfe – Amtshilfe	876

Teil 6. Steuerrecht

§ 50 Die Erbschaftsteuer	877
I. Grundlagen, Einleitung	879
1. Einordnung der Erbschaftsteuer ins Steuersystem	879
2. Politisierung, Kritik und Rechtfertigung	880
3. Rechtsquellen, Verhältnis zur Schenkungsteuer	881
4. Klassisches Nebengebiet, Beratungsleistungen, Beratungsziele	882
5. Vorgaben des Grundgesetzes, Verdikt und Geschichte der Verfassungswidrigkeit	883
a) Maßstab des Grundgesetzes – verfassungsrechtliche Vorgaben	883
b) Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht	884
c) Die erste Entscheidung des BVerfG vom 22.6.1995	884
d) Die zweite Entscheidung des BVerfG vom 7.11.2006	885
e) Die dritte Entscheidung des BVerfG vom 17.12.2014	885
6. Europarechtliche Vorgaben – Verstöße gegen Unionsrecht	886
a) Keine Freibetragskürzung im Auslandssachverhalt	886
b) Keine Diskriminierung ausländischen Vermögens	887
II. Systematischer Überblick	887
III. Persönliche Steuerpflicht, § 2 ErbStG	888
1. Unbeschränkte persönliche Steuerpflicht, § 2 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	888
2. Beschränkte persönliche Steuerpflicht, § 2 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG	888
3. Erweiterungen der persönlichen Steuerpflicht	889
4. Internationale Aspekte	889
a) DBA: Bilaterale Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	889
b) Anrechnung gemäß § 21 ErbStG: Unilaterale Maßnahme zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	890
c) Verbleibende Doppelbesteuerungen	890
IV. Sachliche Steuerpflicht, §§ 1, 3 ErbStG	891
1. Erbe, Erbteil und Ausschlagung	891
a) Der Anfall der Erbschaft, § 3 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	891
b) Die Erbausschlagung und die hierfür gewährte Abfindung, § 3 Abs. 2 Nr. 4 ErbStG	892
c) Der Erbvergleich	892
2. Zugewinnausgleich, § 5 ErbStG	893
3. Vermächtnis	894
a) Besteuerung des schuldrechtlichen Vermächtnisanspruches	894
b) Ausschlagungsmöglichkeit	895
c) Zivilrechtlich unwirksamer Vermächtnisanspruch	895

d) Nießbrauch, Wohnungsrecht und wiederkehrende Leistungen als Vermächtnisgegenstand	895
4. Pflichtteil	896
a) Erfordernis der Geltendmachung	896
b) Verzicht auf den Pflichtteil	896
c) Abfindung	897
d) Sachliche Steuerbefreiungen beim Pflichtteil	898
e) Höhe der Pflichtteilsforderung	898
f) Zeitpunkt der Geltendmachung	899
5. Vor- und Nacherbschaft, § 6 ErbStG	900
a) Grundsatz der Besteuerung	900
b) Mögliche Antragstellung durch den Nacherben	900
c) Verhältnis zwischen Vorerbe und Nacherbe	901
d) Vergleich Vorerbschaft und Nießbrauchsvermächtnis	901
6. Zeitliche aufgeschobene Zuwendungen	901
a) Gleichstellung zur Vor- und Nacherbschaft, § 6 Abs. 4 ErbStG	901
b) (Erweiterter) Anwendungsbereich des § 6 Abs. 4 ErbStG	901
7. Lebensversicherung, Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall, § 3 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG	902
a) Zivilrechtliche Aspekte	902
b) Mögliche Gestaltungen des Versicherungsverhältnisses	903
c) Vorgänge zu Lebzeiten, Steuerentstehung, weitere Verträge zugunsten Dritter	903
8. Sonstige Erwerbstatbestände	904
a) Übergang eines Gesellschaftsanteils bei Tod des Gesellschafters, § 3 Abs. 1 Nr. 2 S. 2–3 ErbStG	904
b) Auflage, § 3 Abs. 2 Nr. 2 ErbStG, und Zweckzuwendung, § 8 ErbStG	904
c) Nicht steuerbare Vermögensvorteile	905
d) Lebzeitige Schenkung, § 1 Abs. 1 Nr. 2, § 7	905
e) Familienstiftungen, Erbsatzsteuer, § 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG	906
V. Sachliche Steuerfreistellungen, §§ 13–13d ErbStG	906
1. Das Familienheim, § 13 Abs. 1 Nr. 4a–4c ErbStG	906
a) Erwerb des Familienheims zum Eigentum	906
b) Differenzierungen nach der Person des Erwerbers und der Erwerbsgrundlage	907
c) Nutzung zu eigenen Wohnzwecken	908
2. Unternehmensvermögen – Steuerverschonung nach §§ 13a, 13b, 13c ErbStG	908
a) Zweck der Begünstigungsnormen	908
b) Privilegiertes unternehmerisches Vermögen	909
c) Privilegierung für Erwerbe bis zu 26 Millionen Euro	911
d) Privilegierung für Erwerbe über 26 Millionen Euro	913
e) Kurzübersicht über die gesetzliche Regelung	915
3. Zu Wohnzwecken vermietete Immobilie, § 13d ErbStG	917
4. Sonstige Steuerfreistellungen, § 13 ErbStG	917
VI. Persönliche Steuerfreibeträge	918
1. Höhe der Freibeträge, § 16 ErbStG	918
2. Zusammenrechnung mehrerer Erwerbe, § 14 ErbStG	919
3. Besonderer Versorgungsfreibetrag, § 17 ErbStG	920
VII. Entstehung der Steuer, § 9 ErbStG	921
1. Grundsatz: Ableben des Erblassers als Stichtag	921

2. Durchbrechungen des Stichtagsprinzips	921
a) Ausnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	921
b) Nachsteuertatbestände, Optionsrechte, Begünstigungstransfer	922
VIII. Ermittlung der Steuer, §§ 10–12 ErbStG	923
1. Abzug der Verbindlichkeiten, § 10 ErbStG	923
a) Allgemeine Nachlassverbindlichkeiten	923
b) Speziell: Einkommensteuerschulden des Erblassers	924
c) Abzugsbeschränkung bei steuerbefreitem Vermögen	925
2. Wertermittlung	926
IX. Steuersatz, § 19 ErbStG	927
1. Einheitlicher Stufentarif für den gesamten Erwerb	927
2. Härteausgleich und Progressionsvorbehalt, § 19 Abs. 3, Abs. 2 ErbStG	928
X. Steuererhebung, Verfahrensrechtliches, Durchsetzung der Erbschaftsteuer	929
1. Steuererhebungsverfahren, Anzeige- und Erklärungspflichten	929
a) Anzeigepflicht des Erwerbers, § 30 ErbStG	929
b) Erklärungspflicht, § 31 ErbStG	929
c) Nachwirkende Pflichten	930
d) Anzeigepflichten von anderen Personen, § 33 ErbStG	930
2. Steuerfestsetzung, Zuständigkeit (§ 35 ErbStG) und gesonderte Feststellungen (§ 151 f. BewG)	931
3. Haftung, Steuerermäßigung, Stundung, §§ 20 ff. ErbStG	931
XI. Verhältnis zu anderen Steuerarten	932
1. Einkommensteuer	932
2. Grunderwerbsteuer	933
3. Umsatzsteuer	934
Anhang	
Nachlassverzeichnis zur Wertermittlung in Erbschaftssachen	937
I. Allgemeine Hinweise zum Nachlassverzeichnis	937
II. Ausfüllhinweise zum Nachlassverzeichnis	937
Zu Nr. 1.2:	937
Zu Nr. 1.5:	937
Zu Nr. 1.9:	937
Zu Nr. 1.10:	938
Zu Nr. 2.2:	938
Sachverzeichnis	939